



## **Bericht**

der Landesregierung

### **Aktionsplan Politische Jugendbildung**

**Federführend ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaft**

## 1. Einführung

Der Bildungsausschuss hat dem Landtag einstimmig empfohlen, den Antrag „Aktionsplan Politische Jugendbildung (Drucksache 18/510) in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Landesregierung wird gebeten, zur 15. Landtagstagung im November eine Bestandsaufnahme aller Konzeptionen und der daraus resultierenden Maßnahmen, die im Rahmen der politischen Jugendbildung im Land Schleswig-Holstein durchgeführt werden, in einem schriftlichen Bericht darzustellen.

Folgende Aspekte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Schulische und außerschulische Aktivitäten zur politischen Jugendbildung
- Konzepte und Projekte der Landeszentrale für Politische Bildung
- Aktivitäten in den Kindertagesstätten
- Aktivitäten von Schulen zur politischen Jugendbildung
- Entwicklung der finanziellen Förderung der politischen Jugendbildung.“

Der Landtag ist diesem Beschlussvorschlag gefolgt.

Dieser Bestandsaufnahme liegen auch Beiträge der Landeszentrale für Politische Bildung sowie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung zugrunde.

Politische Jugendbildung erfolgt im Unterricht in verschiedenen Fächern. Hier ist sie konzeptionell durch die jeweils geltenden Lehrpläne bzw. Fachanforderungen erfasst. Für die außerunterrichtliche und außerschulische politische Jugendbildung gibt es keinen „Masterplan“, aber Konzeptionen und Maßnahmen, die sich auf die jeweilige Zielgruppe beziehen.

Politische Jugendbildung ist in diesem Kontext weit gefasst. Sie meint die Teilhabe bzw. Partizipation an der politischen Willensbildung ebenso wie das demokratische Handeln im Alltag, die demokratische Schulkultur oder das Engagement für eine demokratische, soziale, gerechte und nachhaltige (Welt-)Gesellschaft.

## 2. Aktivitäten in den Kindertageseinrichtungen

Die Beteiligungsrechte der Kinder sind im Kindertagesstättengesetz (KiTaG) verankert, sie sind nicht an eine Altersgrenze gebunden. § 16 Abs. 2 lautet: „Die Kinder in Kindertageseinrichtungen sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand, insbesondere

im schulpflichtigen Alter, bei Angelegenheiten, die ihren Tagesablauf betreffen, zu beteiligen“.

Daneben beinhaltet das KiTaG bereits seit 1991 in den §§ 4 und 5 nähere Bestimmungen zum eigenständigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertageseinrichtungen. Der Bildungsauftrag wurde durch die „Leitlinien zum Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen“ konkretisiert und gesetzlich verankert.

Die Leitlinien zum Bildungsauftrag gliedern sich in sechs Bildungsbereiche und sechs jeweils dazugehörige Querschnittsdimensionen, von denen eine dem Thema Partizipationsorientierung gewidmet ist. Das bedeutet, dass „die Gestaltung des Alltags in der Kindertageseinrichtung als gemeinsame Aufgabe von Kindern und Erwachsenen“ verstanden werden muss. Partizipation ist also mehr als eine nur punktuelle Beteiligung von Kindern bei einzelnen Fragen. Sie zieht sich vielmehr als pädagogisches Prinzip durch den gesamten Alltag der Kindertageseinrichtung (siehe Leitlinien zum Bildungsauftrag - Punkt 2.1).

Die aktuellen Maßnahmen im Handlungsfeld Kindertageseinrichtung sind im nachfolgenden Berichtsteil „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ unter Punkt 4.1 aufgeführt.

### **3. Allgemein bildende und berufsbildende Schulen**

#### **3.1 Politische Jugendbildung in den Lehrplänen und im Unterricht**

Das Schulgesetz setzt mit den in § 4 formulierten Bildungs- und Erziehungszielen den Rahmen für die politische Jugendbildung, wobei insbesondere Absatz 4 richtungsweisend ist.

„(4) Die Schule soll die Offenheit des jungen Menschen gegenüber kultureller und religiöser Vielfalt, den Willen zur Völkerverständigung und die Friedensfähigkeit fördern. Sie soll den jungen Menschen befähigen, die Bedeutung der Heimat und der besonderen Verantwortung und Verpflichtung Deutschlands in einem gemeinsamen Europa sowie die Bedeutung einer gerechten Ordnung der Welt zu erfassen. Zum Bildungsauftrag der Schule gehört die Erziehung des jungen Menschen zur freien Selbstbestimmung in Achtung Andersdenkender, zum politischen und sozialen Handeln und zur Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“

Ergänzend hat das Bildungsministerium Broschüren zur Friedenserziehung und zum Interkulturellen Lernen veröffentlicht und den Schulen an die Hand gegeben.

Die politische Jugendbildung **an den allgemein bildenden Schulen** ist aus fachlich-sachlicher systematischer Sicht bestimmten Fächern zugeordnet. In der Grundschule ist es der Heimat-, Welt- und Sachunterricht. In der Sekundarstufe I findet politische Bildung primär in den Fächern Wirtschaft/Politik, Weltkunde und Geschichte statt, in der Sekundarstufe II im Fach Wirtschaft/Politik.

Inhalte der politischen Jugendbildung werden aber auch punktuell in den Fächern Deutsch, Religion und Geographie sowie an den Gemeinschaftsschulen im Bereich der Wahlpflichtfächer umgesetzt. In allen Fächern geht es nicht allein um den Erwerb von Fachwissen, sondern um die Entwicklung von Einstellung und Bereitschaft zum demokratischen Handeln. Die Schulen arbeiten mit dem Lehrplan auf der Grundlage schulinterner Curricula, die sich in Details unterscheiden und die Umsetzung der Lehrplanvorgaben bezogen auf den jeweiligen Standort der Schule vorsehen.

In den zukünftigen Fachanforderungen, die mit Beginn dieses Schuljahres erarbeitet werden mit dem Ziel, die Lehrpläne zu ersetzen, wird beschrieben werden, welche Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung am Ende der Sekundarstufe I und II erreicht sein sollen. Auf dieser Grundlage werden die Schulen ihre schulinternen Curricula anpassen und gestalten. Für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sollen erste Ergebnisse zum Schuljahr 2014/15 vorliegen.

Es ist vorgesehen, zur Umsetzung der neuen Fachanforderungen Fortbildungen durchzuführen. Die politische Jugendbildung wird dabei ein Schwerpunkt sein.

**An den berufsbildenden Schulen** wird das Fach Wirtschaft/Politik in der Berufsausbildung laut Stundentafel zwischen 160 Stunden (in 2-jährigen Berufsausbildungen) und 280 Stunden (in 3½-jährigen Berufsausbildungen) unterrichtet. Der Wirtschaft/Politik-Unterricht ist fester Bestandteil des Berufsschulunterrichtes und muss nach Lehrplan didaktisch-methodisch so ausgerichtet sein, dass die Lehrkraft die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen als Chance erkennt und in ihre Unterrichtsplanung mit einbezieht. Dem Fach Wirtschaft/Politik an der Berufsschule kommt in Hinblick auf die gesellschaftliche Einbindung der Jugendlichen und Auszubildenden eine besondere Bedeutung zu. Die Jugendlichen befinden sich in einem Alter, in dem die Beteiligung in unserer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaft konkreter wird (z.B. durch Wahlen). Der Wirtschaft/Politik-Unterricht berücksichtigt dabei bereits vorhandenes Wissen. Die Bedingungen der Lebens- und Berufswelt der Jugendlichen und Auszubildenden bilden dabei die Grundlage für die Unterrichtsgestaltung.

Die Zielsetzung ist es, dass die Jugendlichen situationsgerecht und angemessen im Beruf und Alltag agieren und auf wertorientierter Basis aktiv gestaltend sowie kritisch-konstruktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. In den vollschulischen Bildungsangeboten der Beruflichen Schulen ist der Politikunterricht ebenfalls fester Bestandteil der Stundentafel. In der Berufsfachschule wird zwischen 1 bis 3 Stunden pro Woche Wirtschaft/Politik unterrichtet. Am Beruflichen Gymnasium, an der Fachober- und an der Berufsoberschule werden zwischen 2- 3 Stunden Gemeinschaftskunde bzw. Wirtschaft und Politik unterrichtet. In der Beruflichen Weiterbildung an der Fachschule wird mindestens 1 Stunde pro Woche das Fach Wirtschaft/Politik unterrichtet.

Neben der politischen Bildung im Rahmen des Regelunterrichtes werden an vielen Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) auch fächerübergreifende Projekte durchgeführt. Die Lehrkraft nimmt dabei vermehrt die Rolle des Lernprozessbegleiters ein und hat eine Impulsgeberfunktion, wenn es für den Erkenntnisgewinn der Jugendlichen und Auszubildenden erforderlich ist. Durch diese didaktischen Prinzipien unterstützen Lehrkräfte das selbstständige Arbeiten und die Problemlösekompetenz von Jugendlichen und Auszubildenden, damit sie auch anschließend in der Berufs- und Lebenswelt selbstständig an Herausforderungen herangehen und diese bewältigen. In einer Abfrage an den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) zu den Aktivitäten im Rahmen der politischen Jugendbildung im letzten Jahr wurden u.a. folgende Beispiele von den berufsbildenden Schulen aufgeführt, die diesen fächerübergreifenden Ansatz verdeutlichen:

- Teilnahme am Projekt Zisch (Zeitung in der Schule)
- Schuldnerberatungsprojekte in verschiedenen Klassenstufen
- Teilnahme an den Juniorwahlen zur Landtagswahl 2012 und zur Bundestagswahl 2013
- Klassencoach-Schulungen
- Teilnahme an Comenius- und Leonardo da Vinci-Projekten mit Partnerschulen in der EU
- Teilnahme am Demokratielabor - Wahlen zum Europäischen Parlament. Planspiel für Jugendliche ab Klassenstufe 10 im schleswig-holsteinischen Landtag

- Diverse Begegnungsprojekte zwischen Schülerinnen/Schülern und jungen Erwachsenen mit Flüchtlingsbiographie: Kein Ort. Nirgends?, Lebenswege - mit dem Mikrofon auf Spurensuche, Wartehalle Zukunft
- Teilnahme an Stolpersteinverlegungen
- Projekte zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft an der Kommunalwahl
- Teilnahme am Europawettbewerb „Reden schreiben“
- Film- und Statistikprojekte in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal Kiel (OKK) zu diversen politischen Wahlen
- Teilnahme am Wettbewerb „Jugend debattiert“
- Von Auszubildenden bzw. Schülerinnen und Schülern angeregte und teilweise organisierte Podiumsdiskussionen zu den Wahlen 2013
- Durchführung von Themenwochen mit dem übergreifenden Thema „Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen“
- Teilnahme am Planspiel POL&IS „Politik und internationale Sicherheit“ - Simulation
- Workshop und Besuch der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Plön/Neumünster
- Regelmäßige Unterstützung des Projekts „Sozialer Tag“ des Vereins „Schüler helfen leben“ durch die Schülerversammlung (SV)
- Teilnahme am „Runden Tisch für Toleranz und Demokratie“ und Veranstaltung „Rock gegen Rechts“
- Teilnahme am Projekt Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage
- Durchführung von Ausstellungen, z.B. „Die braune Falle - eKarriere“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz
- Diverse Vorträge von Zeitzeugen (NS-Regime, DDR; seit 2010)
- Sucht- und Gewaltprävention (u.a. Theateraufführungen)
- AIDS-Präventionsprojekte
- Regelmäßige Berlinfahrten mit Besuchen von Bundestag und Bundesrat
- Regelmäßige Informationsfahrten zu ehemaligen Konzentrationslagern

Diese Projekte werden ebenfalls an den allgemein bildenden Schulen durchgeführt.

### 3.2 Politische Jugendbildung im schulischen Alltag

Im derzeit gültigen als auch im zukünftigen **Schulgesetz** (siehe Entwurf der Landesregierung vom 11.9.2013) ist der Gedanke der Partizipation verankert (Abschnitt III Mitwirkung der Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler). Die **Schulkonferenz** als oberstes Beschlussgremium über Grundsätze und Ziele der schulischen Arbeit setzt sich ab der Sekundarstufe I zu je einem Drittel aus Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern (Drittelparität) zusammen. Die Schülerinnen und Schüler haben dieses Mitbestimmungsinstrument angenommen und nutzen es, um die Angelegenheiten und die Entwicklung ihrer Schule mitzubestimmen. Sie haben dieselben Rechte wie Lehrkräfte und Eltern (z.B. Antragsrecht) und nutzen sie rege. Hier wird schulpolitische Jugendbildung unmittelbar umgesetzt.

Die **Schülervertretung** (SV) setzt Partizipation der Jugendlichen in der Schule in konkretes Handeln um. Der SV kommt deshalb ein sehr hoher Stellenwert bei der politischen Jugendbildung zu. Die SV ist gemäß Schulgesetz analog zu anderen Beteiligungsgremien auf allen Ebenen vertreten. Es gibt für jede Schulart in der Sekundarstufe I als übergreifende Gremien die Kreisschülervertretungen und die Landeschülervertretungen. Die Wirksamkeit dieser Vertretungen hängt stark von den handelnden Personen und einer guten Schulung und Begleitung ab. Deshalb stellt das MBW Mittel für Landesverbindungslehrkräfte (LVL) zur Verfügung (für 6 LVL je 6 Entlastungsstunden). Für die Arbeit der Landeschülervertretungen standen in den letzten 5 Jahren folgende Mittel für Veranstaltungen und das Büro zur Verfügung:

2007	64.000,00 €
2008	64.000,00 €
2009	53.600,00 €
2010	53.600,00 €
2011	55.000,00 €
2012	55.000,00 €
2013	55.000,00 €.

Darüber hinaus unterstützt das MBW das Büro der Landeschülervertretungen durch eine abgeordnete Lehrkraft. Es gibt Schulungsangebote für Schülervertreterinnen und -vertreter auf Landesebene. An den Schulen gibt es die sog. Verbindungs- oder Vertrauenslehrkräfte, die die SV beraten und unterstützen.

Das MBW plant, gemeinsam mit der Landesschülervertretung eine aktualisierte Handreichung für politisches Handeln und eine Demokratiekultur an den Schulen zu erarbeiten.

In den **Schulprogrammen** sind Maßnahmen zur Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung verankert. Die Umsetzung ist außerordentlich vielfältig.

Das Instrument der **Klassenräte** wird an vielen Schulen genutzt. Dabei handelt es sich um eine formalisierte Form der Partizipation und Konfliktlösung. Ein Klassenrat wird ausschließlich von Schülerinnen und Schülern durchgeführt (in der Regel ab der 5. Klasse, z.T. auch schon in der Grundschule), die Lehrkraft begleitet nur. Es gibt klar zugewiesene Rollen und ein festes Verfahren, wie ein Problem zu behandeln ist. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei demokratische Spielregeln und eine geordnete Auseinandersetzung mit verbalen Mitteln ähnlich wie bei einer Debatte. Am Ende steht ein Beschluss zu dem jeweiligen Konflikt, der in einem bestimmten Zeitrahmen umgesetzt wird. Falls die Umsetzung nicht funktioniert, muss neu verhandelt werden.

„**Soziales Lernen**“ ist ein weiteres Konzept, welches in der Orientierungsstufe eingesetzt wird. Ähnlich wie bei „LIONS-Quest“ werden in der Klassenleitungsstunde soziale Verhaltensweisen eingeübt. Das LIONS-Quest-Programm „Erwachsen werden - Persönlichkeitsentfaltung von Jugendlichen“ wird seit 1995 angeboten und hat bis heute bei den Lehrkräften nichts an Attraktivität verloren. Es dient in erster Linie der Primärprävention. „Soziales Lernen“ bezieht sich auf die Bereitschaft, die eigene Wahrnehmung zu schärfen, um eigene Vorurteile, Klischees und Illusionen zu hinterfragen und ihnen konsequent zu begegnen. Es geht also um den Erwerb sozialer und emotionaler Kompetenz.

Viele Schulen bilden **Konfliktlotsen** aus, die selbstständig kleinere Dispute zwischen Schülerinnen und Schülern bearbeiten können. Die Konfliktlotsen profitieren selbst sehr von ihrer Ausbildung und wirken als positives Beispiel für die jüngeren Schülerinnen und Schüler.

Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) begleitet die Schulen in allen Programmen der **Gewaltprävention** und der **Bekämpfung von Mobbing** sowie mit dem Konzept „**Demokratie lernen**“, welches verschiedene Formen der Partizipation umfasst. Für diesen Bereich stehen jährlich 57 T€ zur Verfügung.



### 3.3 Schulische Projekte

Das Projekt „**Juniorwahl**“ wird sehr erfolgreich anlässlich von Bundestagswahlen durchgeführt (vgl. auch Ziffer 5 dieses Berichts).

Der Wettbewerb „**Jugend debattiert**“ hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Das Interesse der Lehrkräfte, den Wettbewerb an ihrer Schule einzuführen, ist groß, weil die Debattierform im Unterricht sehr gut als Methode der Sprachschulung und der Argumentation eingesetzt werden kann. Die Schülerinnen und Schüler profitieren durch das Erlernen von „Handwerkszeug“, auch wenn sie letztlich im Wettbewerb unterliegen. Die Schülerinnen und Schüler schätzen diesen Wettbewerb, weil er auch das Selbstbewusstsein stärkt, indem Sicherheit im Auftreten und in der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit erworben wird. So trägt der Wettbewerb zu einer demokratischen Streitkultur bei und stärkt gleichzeitig die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen. Das MBW fördert den Wettbewerb mit 5 Entlastungsstunden für die Landesfachberaterin und die Lehrkräfte, die die regionalen Wettbewerbe durchführen.

Das von Schülerinnen und Schülern ins Leben gerufene Projekt „**Sozialer Tag**“ des Vereins „Schüler helfen leben“ wird jährlich an vielen Schulen durchgeführt. Es stärkt das politische Bewusstsein für globale Zusammenhänge durch Unterstützung von Projekten in Osteuropa und regt die jungen Menschen zu aktivem Handeln an.

Das Projekt „**Zukunftsschule SH**“ beinhaltet eine Zertifizierung von Schulen, die sich mit Nachhaltigkeitsprojekten für eine Anerkennung als Zukunftsschule bewerben können. Die Zertifizierung muss immer wieder erneuert werden, und es können höhere Qualitätsstufen erreicht werden. Das bedeutet, dass die Schulen ihr Engagement für Umwelt- und soziale Projekte immer wieder neu beweisen müssen. Die Säule „Mitbestimmen - mitgestalten“ ist dabei ein konstitutives Element, weil nachhaltiges Handeln als partizipatives Handeln, als Engagement „von unten“ verstanden wird. Für die „Zukunftsschule SH“ stehen bisher jährlich 25 T€ aus Kompensationsmitteln des Landes zur Verfügung, die voraussichtlich verlängert werden können. Die Landeskoordinatorin erhält 8 Entlastungsstunden, für die Fortbildungsarbeit in den Themennetzwerken sind 9 Stunden über das IQSH bereitgestellt. Die 18 Kreisbeauftragten für Natur- und Umwelterziehung/BNE erhalten je 4 Entlastungsstunden. Diese Finanzierung besteht seit Jahren unverändert.

### **3.4 Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in SH**

Das mit jährlich 300 T€ ausgestattete Landesprogramm, welches sich in der Umsetzung befindet, beinhaltet neben den Regionalstellen auch die zentrale Stelle einer demokratiepädagogischen Fachkraft in Kiel. Diese Stelle, die gerade besetzt wird, soll als landesweit zuständige Bildungs-, Beratungs- und Informationsstelle tätig sein, die eine Vernetzung der Maßnahmen und Aktivitäten gewährleistet und Bausteine für die Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie den Methodentransfer entwickelt, um demokratisches Handeln breit zu verankern. Es ist beabsichtigt, diese Stelle eng mit der „Zukunftsschule SH“ und dem IQSH zu verknüpfen. Die Finanzierung erfolgt über das Landesprogramm.

### **4. Außerschulische Aktivitäten zur politischen Jugendbildung**

Die außerschulische politische Jugendbildung ist in Deutschland ein traditionsreiches Lern- und Bildungsfeld. Sie ist gemäß § 11 SGB VIII - dem Kinder- und Jugendhilfegesetz - eine der Aufgaben der Jugendarbeit, ihr spezifischer Auftrag ist im Schleswig-Holsteinischen Jugendförderungsgesetz konkretisiert.

Politische Jugendbildung ist damit Aufgabe der Träger und Einrichtungen in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe:

- in den Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen, den Kreisjugendringen und dem Landesjugendring
- in der Offenen Kinder und Jugendarbeit (Jugendzentren, Häuser der Jugend, aufsuchende Angebote)
- in den Jugendbildungsstätten
- im Rahmen der Mädchen- und Jungenarbeit
- bei internationalen Begegnungen
- im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes z.B. bei der Medienkompetenz.

Wissenschaftliche Untersuchungen verweisen darauf, dass ein enges, an Institutionen und Verfahren gebundenes Politikverständnis für viele Jugendliche nicht greift, vor allem sog. bildungsferne Jugendliche werden so nicht erreicht. Vielmehr kommt hier ein Bildungsverständnis zum Tragen, das Gelegenheiten schafft zu informellen und non-formalen (Selbst-)Bildungsprozessen und diese lebensweltorientiert und niedrighschwellig initiiert.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung unterstützt als obere und oberste Landesjugendbehörde die Arbeit der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe auf der Basis des SGB VIII und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch Beratung sowie das Angebot von Fortbildungen und Fachtagungen.

### **Maßnahmen: Fachtagungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**

„Stärken macht stark“ eine Fachtagung zur ressourcenorientierten Bildungsarbeit mit (bildungsfernen) Jugendlichen am 28. April 2010 in Zusammenarbeit mit dem Nordelbischen Jugendpfarramt und der Elly-Heuss-Knapp-Schule in Neumünster. Die Veranstaltung richtete sich an Mitarbeiterinnen aus Schule, Sozialarbeit und Jugendarbeit. Ziel war es, den Blick auf Kinder und Jugendliche - jenseits schulverwertbaren Wissens auf deren (Alltags-)Fähigkeiten und (Lebens-) Kompetenzen zu richten, und sie in ihrer Selbstwirksamkeit und ihrem Selbstbewusstsein zu stärken. Am 21. September 2011 informierte die Fachtagung „Statt Dschungelcamp- Naturerfahrungen qualifiziert benachteiligte Jugendliche für das Arbeitsleben“ Fachkräfte aus der Pädagogik und dem Umweltbereich über Chancen von Naturerfahrung in der sozialen und Bildungs-Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen. Organisatoren waren neben dem Sozial- und Umweltministerium auch das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Walk e.V. und das Nordelbische Jugendpfarramt.

### **4.1 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Wichtige Grundlage für eine politische Bildung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen (§ 4 JuföG). Der 11. Kinder- und Jugendbericht verweist auf Forschungsergebnisse zur politischen Sozialisation, „denen zufolge politische Grundeinstellungen bis zum Alter von 12 Jahren erworben werden<sup>1</sup>“. Politische Bildung, die in einer Demokratie demokratische Bildung sein sollte, beginnt daher bereits im Kindesalter. Aktuelle Bildungsdebatten weisen ferner darauf hin, dass für das Lernen von Demokratie die Erfahrung von Demokratie entscheidend ist - Kinder lernen Demokratie durch Partizipation. Damit stellt sich die Frage, wie Politische Bildung von Kindern und Jugendlichen durch Partizipation gefördert werden kann.

---

<sup>1</sup> BMFSFJ 2002, S. 202

Das Land Schleswig-Holstein hat mit der Demokratiekampagne eine abgestimmte Strategie entwickelt, Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Handlungsfeldern und durch verschiedene Maßnahmen zu unterstützen. Während zunächst die Förderung von Kinder- und Jugendpartizipation in der Kommune im Vordergrund stand, wurden im zweiten Schritt Modellprojekte zur Förderung von Partizipation in Kindertageseinrichtungen unterstützt. Aktuell wird Partizipation in einem weiteren Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, in den stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe, konzeptionell beschrieben und erprobt.

Die Demokratiekampagne des Landes Schleswig-Holstein wird in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder<sup>2</sup> (Förderinstrument) als Strategie einer nachhaltigen Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation umgesetzt. Sie besteht aus einem abgestimmten Bündel von Maßnahmen, die Kommunen und Jugendhilfeeinrichtungen darin unterstützen sollten, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Bausteine der Demokratiekampagne sind insbesondere:

- Entwicklung von Konzepten und Bereitstellung von Materialien
- Rechtliche Verankerung von Partizipation
- Finanzielle Unterstützung von Teiligungsprojekten
- Ausbildung von Partizipationsfachkräften
- Herstellung von Öffentlichkeit für Partizipation
- Vernetzung der partizipationsaffinen Akteure

### **Aktuelle Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern Kindertageseinrichtung, Heimerziehung und Kommune**

#### **Handlungsfeld Kindertageseinrichtung:**

Das mit Unterstützung der Landesregierung entwickelte Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ ermöglicht pädagogischen Fachkräften, ihre Einrichtung als demokratischen Ort zu verfassen, an dem Partizipation strukturell verankert ist, Beziehungen respektvoll gestaltet werden und Demokratiebildung gelingt. Es ist das derzeit bundesweit umfassendste Konzept für Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen, wurde über zehn Jahre in zahlreichen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-

---

<sup>2</sup> Die „Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein Land für Kinder“ wird vom Deutschen Kinderhilfswerk und dem Land Schleswig-Holstein finanziert und zielt darauf, die Alltagssituation von Kindern zu verbessern und auf günstige Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen für Kinder sowie eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in Schleswig-Holstein hinzuwirken (<http://www.schleswig-holstein.de/masg/de>).

Holstein entwickelt und erprobt und wird gegenwärtig modellhaft auch auf Grundschulen übertragen.

- „Die Kinderstube der Demokratie 2 - Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Partizipation in Kindertageseinrichtungen“ (2011/2012)

Zum zweiten Mal nach 2007/2008 haben 20 Kita-Fachkräfte an einer fünfmoduligen Qualifizierungsmaßnahme für Partizipation in Kindertageseinrichtungen erfolgreich teilgenommen und sich dabei inhaltliche und methodische Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet, die sie befähigen, pädagogische Fachkräfte bei der Einführung, Weiterentwicklung und Reflektion qualifizierter Partizipation in Kindertageseinrichtungen unter Anwendung der Verfahren und Standards der „Kinderstube der Demokratie“ zu begleiten.

- Forschungsprojekt „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen durch die strukturelle Verankerung demokratischer Rechte für Kinder im Rahmen einer Verfassung“ (2013-2016) - Institut für Partizipation und Bildung, Kiel, in Kooperation mit der Universität Hamburg

Ziel dieses überwiegend von der „Aktion Mensch“ geförderten Forschungsprojektes ist es, den Zusammenhang zwischen der Einführung demokratischer Strukturen in Form sogenannter „Verfassungen“ in Kindertageseinrichtungen und emanzipatorisch-demokratischer Potenziale frühkindlicher Bildung zu erhellen. Das Projekt wird wichtige Erkenntnisse für die Förderung von Partizipation und Demokratiebildung in der Elementarpädagogik nicht nur in Schleswig-Holstein sondern bundesweit erbringen.

- Einsatz der Partizipations-Fachkräfte und Unterstützung des Transfers in die Praxis Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein, die die Begleitung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Anspruch nehmen, können bei der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ einen Zuschuss von bis zu 500,00 € für eine mehrtägige Fortbildung beantragen.

### **Handlungsfeld Heimerziehung**

Im Herbst 2010 führte das Sozialministerium Schleswig-Holstein eine erste landesweite Fachtagung zum Thema „Partizipation in der Heimerziehung“ durch. Es folgte in 2011/2012 ein Praxisprojekt in fünf Schleswig-Holsteinischen Einrichtungen der

stationären Erziehungshilfe (AWO, NGD, KJHV, Caritas, IKH). Die Erfahrungen wurden in der Abschlussstagung „Give me 5“ im September 2012 präsentiert sowie in der zur Fachtagung vorgestellten Broschüre „Demokratie in der Heimerziehung“ ausführlich dargestellt. Die Broschüre ist allen Trägern und Einrichtungen in Schleswig-Holstein kostenfrei zur Verfügung gestellt worden.

Parallel zum Praxisprojekt erfolgte die Planung und Durchführung eines ersten Jugendkongresses auf Landesebene für Heimkinder. Im April 2012 fand die zweitägige Workshop-Veranstaltung mit 65 Heimjugendlichen und 30 Fachkräften der stationären Erziehungshilfe in der Jugendbildungsstätte Schloss Noer statt. Im Juni 2014 soll der zweite Jugendkongress auf Landesebene stattfinden.

Ein weiterer Baustein in diesem Handlungsfeld ist die Qualifizierung von 26 Fachkräften für Partizipation in der Heimerziehung. Aufgrund der zentralen Rolle und Bedeutung der Fachkräfteaus- und -weiterbildung für die qualifizierte Durchführung von Beteiligungsprozessen sowie die strukturelle Absicherung von Beteiligungsrechten in den Einrichtungen erfolgt in Schleswig-Holstein 2013 / 2014 die bundesweit erste Ausbildungsreihe von 26 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Partizipation in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe.

### **Handlungsfeld Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung**

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen in lokalen Bildungslandschaften - Bildung gemeinsam verantworten! (2011/2012, 2013/2014)

Modellprojekt in Kooperation mit der Serviceagentur „Ganztäglich lernen“ (Trägerschaft DKJS, Berlin); Modellkommunen: Niebüll, Schafflund, Bad Oldesloe, Tarp, Glinde, Wahlstedt.

- Herbst 2008 bis 2013: Jährliches Landes-Forum für kommunale Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter („PARTICIP - ACTION“)

In Kooperation mit dem Kreisjugendring Stormarn e.V. und dem Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Ahrensburg lädt die Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ jährlich ca. 45 Kinder und Jugendliche zu einem landesweiten Treffen in das Jugendgästehaus des Kreisjugendringes Stormarn nach Lütjensee ein. Die Jugendlichen setzen sich mit Projektmanagement und Moderationstechniken auseinander, beleuchten Probleme und Erfolge der Arbeit und entwickeln Formen der weiteren Zusammenarbeit und der regionalen Vernetzung.

- Broschüre „Meine Gemeinde - ich mach mit“ - 5. Auflage, Mai 2013  
„Meine Gemeinde - ich mach mit!“ trägt dazu bei, den Kindern und Jugendlichen, Schülerinnen und Schülern in verständlicher Form die Aufgaben und Institutionen der Gemeinde näher zu bringen sowie Möglichkeiten des Mitmachens im unmittelbaren Lebensbereich aufzuzeigen und damit das Erlernen von Demokratie nicht nur als politisches System, sondern als alltägliche Lebensform zu fördern. Sie wurde und wird überwiegend von Schulen aller Schularten im Politikunterricht eingesetzt und ist gut geeignet, das Thema „Demokratie im Nahraum Kommune“/Beteiligung im kommunalen Raum zu bearbeiten.

#### **4.2 Jugendverbandsarbeit**

In den Jugendverbänden in Schleswig-Holstein finden über 500.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ein weites Feld an Bildungs- und Beteiligungsgelegenheiten. In der Mitarbeit im Jugendverband, in den Teams und Gremien, durch die Teilnahme an Aktionen, Wettbewerben und Aktivitäten wird die Entwicklung sozialer Kompetenzen gestärkt, wird Team- und Konfliktfähigkeit ausgebaut sowie Verantwortungsgefühl und Selbstbewusstsein gestärkt. Im Rahmen der Gremienarbeit lernen Jugendliche in den Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen, wie dem Landesjugendring, demokratische Spielregeln und Entscheidungsprozesse kennen und können sich in gestaltender Mitverantwortung erproben.

#### **Aktuelle Maßnahmen: Wahl-O-Mat**

Der Landesjugendring Schleswig-Holstein führt in Kooperation mit den Jugendverbänden vor Kommunalwahlen, Landtagswahlen und Bundestagswahlen regelmäßig Wahlaktionen, in denen politische Vertreterinnen und Vertreter zum Gespräch eingeladen werden oder jugendpolitische Forderungen entwickelt und diskutiert werden. Darüber hinaus initiiert der Landesjugendring den sog. Wahl-O-Mat. Es handelt sich um eine Internet-Homepage (z.B. <http://www.wahl-o-mat.de/schleswig-holstein2012>), auf der die zu den Wahlen zugelassenen Parteien u.a. jugendpolitische Fragen beantwortet haben und ein Vergleich zwischen den Parteien sowie ein Abgleich mit eigenen Standpunkten möglich ist. Der Wahl-O-Mat ist ein Informationsangebot über Wahlen und Politik.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung unterstützt die Arbeit der Jugendverbände auf Landesebene (zzt. ca. 30) durch eine institutionelle Förderung.

#### **4.3 Offene Kinder- und Jugendarbeit**

Auch in den 289 Jugendtreffs und Jugendhäusern in kommunaler, gemeindlicher oder freier Trägerschaft werden diverse Bildungsgelegenheiten, auch zur politischen Bildung, vorgehalten. Das fängt bei der gemeinsam ausgehandelten „Hausordnung“ an und hört bei Diskussionen zum Umgang mit Nachbarn noch lange nicht auf. Mikrodidaktisch geht es darum, ob und welche Angebote es geben soll und wie Prozesse des Teilnehmens interaktionszentriert konzipiert werden. Es geht um Verantwortungsübernahme für sich selbst, die Gruppe und das Jugendzentrum und letztendlich um Erfahrungen der Selbstwirksamkeit.

Ehemalige Projektfördermittel des Landes (MSGFG) für den Bereich politische Jugendbildung stehen nach Haushaltskürzungen und Kommunalisierung nicht mehr zur Verfügung. Die Kreise und kreisfreien Städten werden in eigener Verantwortung in diesem Bereich tätig. Seit 2005 stehen ihnen jährlich 17 T€ für die Förderung der Jugendarbeit, also auch der politischen Jugendbildung zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt das MSGFG die Weiterentwicklung des Feldes Offene Kinder- und Jugendarbeit durch Fortbildungsangebote und Fachveranstaltungen.

#### **Aktuelle Maßnahme: Woche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Schleswig-Holstein 2013**

In der Zeit vom 19. bis 27. April 2013 hat in Schleswig-Holstein die erste landesweite Woche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stattgefunden. Es handelte sich um eine konzertierte Aktion der Kreise und kreisfreien Städte, von Gemeinden, des Arbeitskreises Jugendarbeit Süd, der Fachhochschule Kiel und des Sozialministeriums. Ziel war es, die Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bekannter und sie als festen und notwendigen Bestandteil der örtlichen Bildungs- und Infrastruktur sichtbar zu machen. In 14 Kreisen und kreisfreien Städten wurden mehr als 170 Veranstaltungen und Aktivitäten, sowohl in den Jugendzentren als auch z.B. in den Kreishäusern durchgeführt. An der vom MSGFG finanziell unterstützten Abschlussveranstaltung „Frei - Raum - Bildung“ am 26.04.2013 an der Fachhochschule Kiel haben über



160 Personen an den Diskussionen zu Herausforderungen und zur Perspektive des Arbeitsfeldes teilgenommen.

#### **4.4 Mädchenarbeit als politische Bildung**

Angebote zur Mädchenarbeit haben sich in den vergangenen Jahren an den Lebensrealitäten von Mädchen und jungen Frauen orientiert, ihnen Raum gegeben, ihre Lebenssituation zu reflektieren, Probleme zu bewältigen und eine selbstbestimmte Identität zu entwickeln. Um die Kompetenzen von Mädchen für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe zu unterstützen und stärken wurden sie u. a. bei der Berufsfindung und Berufsorientierung sowie der Lebensplanung unterstützt. Mädchen und junge Frauen übernehmen vermehrt Verantwortung und treten für ihre Verbände und Einrichtungen öffentlich stärker in Erscheinung. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und es bleibt Aufgabe der Jugendhilfe, sie weiter zu fördern und zu unterstützen. Mädchenarbeit bleibt ein wichtiger und fester Bestandteil der Jugendarbeit. Daher fördert und entwickelt die Landesregierung die Mädchenarbeit in unterschiedlichen Bereichen:

- Sie stellt Mittel für die Förderung von Mädchenspezifischen Projekten und Bildungsmaßnahmen zur Verfügung,
- fördert die Stelle der Mädchenreferentin beim Landesjugendring,
- hat die Geschäftsführung der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe (LAG),
- richtet gemeinsam mit der LAG Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe Fachtagungen, Fortbildungen und die alle zwei Jahre stattfindende Mädchenmesse aus und
- fördert die Herausgabe von Broschüren zur Mädchenarbeit.

Nicht in allen Einrichtungen der Jugendarbeit ist die Mädchenarbeit zu einem festen Bestandteil von Konzepten und Angeboten geworden. Die Initiierung und Etablierung einer kontinuierlich, fachlich und personell abgesicherten Mädchenarbeit hängt immer noch zu oft ab vom Engagement, der Überzeugungskraft und dem Standvermögen der Mitarbeiterinnen. Aber auf eine eigenständige Mädchenarbeit kann (noch) nicht verzichtet werden. Deshalb sind gezielte Angebote für Mädchen aus jugendfachlicher Sicht weiterhin sinnvoll.

**Aktuelle Maßnahmen:** Die regelmäßig alle zwei Jahre stattfindende landesweite Mädchenmesse wird vom MSGFG gefördert und stand 2010 unter dem Motto „Mäd-

chen von heute sind die Politikerinnen von morgen“ und 2012 unter dem Motto „Manchmal bin ich eine Heldin!“. Regelmäßig werden ca. 200 Mädchen und junge Frauen erreicht, die sich über spezielle Angebote und Einrichtungen informieren und mit Politikerinnen diskutieren.

#### **4.5 Internationale Jugendarbeit**

Die Internationale Jugendarbeit mit ihren vielfältigen Austauschprogrammen für junge Menschen und Fachkräfte der Jugendhilfe liefert nicht nur individuelle und interkulturelle Lernerfahrungen. Sie ist auch ein Lernfeld für Toleranz und Demokratie, indem sie Verständigung zwischen den Kulturen fördert und Vorurteile hilft abzubauen. Im Focus steht dabei einerseits die jugendpolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum, für die der Landesjugendring mit seinem Ostseesekretariat eine zentrale Rolle spielt, andererseits aber auch die Austauschmaßnahmen innerhalb der EU sowie in sogenannte Drittstaaten.

#### **4.6 Medienkompetenz in der Jugendhilfe**

Eine der Schwerpunktaufgaben des Kinder- und Jugendschutzes ist es, Kinder und Jugendliche vor den gefährdenden Inhalten der Medien zu schützen und ihnen einen reflektierten und kritischen Umgang mit den Medien zu vermitteln. Ziel ist zudem, Eltern zu befähigen, den Medienumgang ihrer Kinder bezüglich Chancen und Risiken sachgerecht einzuschätzen und adäquat zu reagieren.

Das im Jahr 2010 von 15 landesweit tätigen Institutionen und Organisationen aus Staat und Gesellschaft gegründete Netzwerk Medienkompetenz bietet neben der Vernetzung auf Landesebene den medienpädagogischen Akteuren vor Ort durch jährlich vier Regionalkonferenzen Raum für Austausch und Vernetzung. Der jährlich vom Netzwerk Medienkompetenz im September an der Uni Kiel durchgeführte Medienkompetenztag wird von ca. 400 Teilnehmenden aus Schulen, der Offenen Jugendarbeit und von Kindertagesstätten genutzt, um Anregungen und Impulse für die Medienkompetenzvermittlung für Kinder und Jugendliche zu erhalten.

Im Rahmen der vom MSGFG mit der Aktion Kinder- und Jugendschutz und dem OKK Schleswig-Holstein initiierten Fortbildung zum „ElternMedienLotsen“ wurden in vier Fortbildungen in den vergangenen Jahren 60 pädagogisch engagierte Menschen fortgebildet. Die von diesen ElternMedienLotsen passgenau auf die Problemlagen in der KiTa-Gruppe oder der Schulklasse bezogenen Elternabende und Informations-

veranstaltungen zu „Junge Medienwelten - Jugendmedienschutz - Medienarbeit“ werden von der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein bezuschusst.

#### **4.7 Spezifische Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt**

Wie in der Vergangenheit liegt ein besonderes Augenmerk der Landesregierung auf der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, um unser demokratisches Gemeinwesen nicht zu gefährden. Diesem Ziel dienen unterschiedliche Maßnahmen, vor allem das seit 2009 gemeinsam mit dem IM getragene „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ mit seiner Landeskoordinierungsstelle, dem Beratungsnetzwerk und der ständigen Arbeitsgruppe hierzu beim Rat für Kriminalitätsverhütung. Dieses landesweite Beratungsnetzwerk ist im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ entwickelt worden. Neben der Intervention in Fällen konkreter Gefährdungslagen hat dieses Programm auch zum Ziel, demokratisches Bewusstsein zu stärken und demokratisches Handeln zu befördern.

#### **4.8 Finanzielle Förderung**

Die finanzielle Förderung für die außerschulische politische Jugendbildung erfolgt zum einen im Rahmen der institutionellen Förderung der Jugendverbände, zum anderen durch pauschale Zuweisungen an die Kommunen für entsprechende Projekte. Weitere Mittel stehen im Rahmen der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“, der Projektförderung für den Internationalen Jugendaustausch, der institutionellen Förderung von Trägern des Kinder- und Jugendschutzes und der Kofinanzierung von entsprechenden Bundesprogrammen ( derzeit Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus) zur Verfügung.

Darüber hinaus können aus den Mitteln für Fachtagungen und Fortbildungen auch Veranstaltungen zur politischen Jugendbildung gefördert werden, z.B. die „Mözener Gespräche“ des Landesjugendrings oder Aktivitäten zu Wahlen.

Der Betrag, den die Kreise und kreisfreien Städte pauschal für Projekte (nicht nur für politische Jugendbildung) erhalten, liegt seit Jahren unverändert bei jeweils 17 T€.

Die Jugendverbände erhalten jeweils eine pauschale institutionelle Förderung.

## **5. Jugendpolitische Aktivitäten der Landeszentrale für Politische Bildung**

Die Jugendbildungsarbeit der LZPB folgt keinem starren Konzept, sondern geht von der jeweiligen Situation, dem Adressatenkreis und der zu behandelnden Thematik aus. Sie vermeidet Theorielastigkeit, weil sie bei Jugendlichen eher kontraproduktiv wirkt. Dennoch folgt die Jugendarbeit einem konzeptionellen Rahmen, der durch direkte Ansprache, Diskussion und die Wissensvermittlung vor Ort (Landtag, Bundestag, Bundesrat, Gedenkstätten) gekennzeichnet ist. Das übergreifende Ziel des Konzepts besteht darin, junge Menschen in ihrem individuellen, ggf. auch konfrontativen, aber strictu sensu konstruktiven Meinungsbildungsprozess zu fördern und zu stärken und sie dadurch zu selbstbestimmten, autonom urteilsfähigen, demokratisch handelnden Bürgerinnen und Bürgern zu machen.

### **Maßnahmen:**

#### **Erstwählerkonferenz**

100 Jugendliche zwischen 18 und 22 Jahren, die am 22. September wahlberechtigt waren, waren zur Konferenz für Kieler Erstwähler/innen im Landtag am 19. August 2013 eingeladen. Der Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) bot zusammen mit der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein eine eintägige Konferenz für Kieler Erstwähler/innen an. Für einen Tag mit hundert jungen Menschen im Plenarsaal abzutauchen, bedeutete, Demokratie und Politik über ein Wahlplakat hinaus zu verstehen. Mit der Erstwählerkonferenz sollte nicht bloß zur Wahl aufgerufen werden, sondern politische Themen sollten gemeinsam intensiv erarbeitet und anfassbar gemacht werden. Ein intensiver Tag mit Workshops zu den Streitfragen der Bundestagswahl wurde geboten. Im Plenum wurde eine Koalitionsverhandlung simuliert und beim politischen Speed-Dating beantworteten die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl Fragen.

#### **„jung & wählerisch“ zur Bundestagswahl, 22. August bis 20. September 2013**

Die Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein führte zur Bundestagswahl 2013 erneut das Projekt „jung & wählerisch“ durch. Es richtete sich an Schülerinnen und Schüler, die am 22. September 2013 zum ersten Mal wahlberechtigt waren (Mindestalter: 18 Jahre). Die Veranstaltungen in den Schulen fanden vom 22. August bis 20. September 2013 statt. Alle 50 Termine waren ausgebucht.

### **Politische Bildung vor Ort**

Studierende der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, die durch die Landeszentrale für Politische Bildung auf ihre Aufgabe als Teamer (m/w) vorbereitet wurden, kommen zu den Erstwählerinnen und Erstwählern in die Schulen. Durch ein interaktives Diskussionsforum wollen die Teamer die Schülerinnen und Schüler zur Wahlteilnahme motivieren. In den 90-minütigen Veranstaltungen geht es weniger darum, einzelne Parteiprogramme oder Positionen gegeneinander abzuwägen, sondern vielmehr darum, die Erstwählerinnen und Erstwähler mit guten Argumenten vom Sinn der Wahlteilnahme zu überzeugen. Ebenso sollen kritische Einwände der Schülerinnen und Schüler ernst genommen und diskutiert werden. Das NDR-Fernsehteam begleitete eine Gruppe von drei Teamern am Mittwoch, 28.08.2013 in Pinneberg. Projektleiter ist Herr Christian Meyer-Heidemann. Dieses Projekt wurde bereits zur Landtagswahl 2012 und zur Kommunalwahl im Frühjahr 2013 angeboten. Auch hier waren die Termine innerhalb kürzester Zeit ausgebucht.

### **Juniorwahl**

Juniorwahl - das ist Üben und Erleben von Demokratie: parallel zur Bundestagswahl werden im Unterricht simulierte Wahlen inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Etwa einen Monat begleitet das Projekt die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 aller Schulformen.

Der Schwerpunkt liegt in der politischen Bildung. Hierfür stehen den Lehrerinnen und Lehrern zahlreiche spezielle handlungs- und produktorientierte Unterrichtsvorschläge zum Thema "Wahlen und Demokratie" als Anregung und Ergänzung zu ihrem Unterricht zur Verfügung. Die Juniorwahl ist keine Wahl, sondern ein praxisorientiertes Konzept zur politischen Bildung: am Ende des Unterrichts steht keine Klassenarbeit, sondern der Wahlakt auf dem Stundenplan.

Für die Schülerinnen und Schüler liegt der Höhepunkt in der Juniorwahl - eine Woche vor dem Wahlsonntag. Sie kann als klassische Papierwahl oder als Onlinewahl durchgeführt werden. Um Punkt 18:00 Uhr wird dann am Wahlsonntag das Ergebnis bekannt gegeben.

Das Projekt steht auf zwei Hauptsäulen: dem Unterricht und dem Wahlakt. Zum einen sind es die Lehrerinnen und Lehrer, die das Thema im Unterricht behandeln, zum anderen sind es die Schülerinnen und Schüler, die den Wahlakt selbst organi-

sieren. Als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer verteilen sie Wahlbenachrichtigungen, legen Wählerverzeichnisse an und bilden einen Wahlvorstand.

Die Juniorwahl ist ein Angebot, das erst durch das Engagement in den Schulen lebendig wird. Die Teilnahme an der Juniorwahl ist für die Schulen und die Schülerinnen und Schüler freiwillig und kostenlos.

Organisiert wird das Projekt durch den Verein „Kumulus“. 50 Termine werden von der Landeszentrale für Politische Bildung übernommen. Auch dieses Projekt wurde bereits zur Kommunalwahl im Frühjahr durchgeführt.

### **Projektwoche „Durchblicke: Was trennte die Deutschen bis 1989 und wie steht es heute um die deutsche Einheit?“ vom 26. bis 30. August 2013**

„Durchblicke“ war der Titel einer Begegnungswoche zwischen Schülerinnen und Schüler aus Eutin in Schleswig-Holstein und Rostock in Mecklenburg-Vorpommern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Dort, wo bis 1989 eine unüberwindbare Grenze Deutschland teilte, wollten die Jugendlichen auf Spurensuche nach der Geschichte gehen und zugleich ihre gegenwärtigen Folgen reflektieren. Sie wollten die Geschichte der innerdeutschen Grenze verstehen, mit Zeitzeugen über diese Vergangenheit sprechen und herausbekommen, welche Folgen die Vergangenheit bis heute hat. Warum gibt es immer noch Unterschiede zwischen Ost und West? Wie können wir das Selbstbewusstsein von jungen Leuten durch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte stärken, so dass sie sich offensiv mit demokratiefeindlichen Positionen auseinandersetzen können. Die Geschichte der innerdeutschen Grenze ist dafür besonders geeignet, da hier Demokratie und Diktatur aufeinander prallten, unkompliziert Vergleiche gezogen werden können. Am historischen Ort im ehemaligen Grenzraum begegneten sie den gegenwärtigen Wirkungen der Geschichte. Außerdem erfuhren sie, wie sich die Menschen und die Landschaft nach der politischen Zäsur 1989/90 veränderten und vor welchen Herausforderungen wir heute im Umgang miteinander und mit der Natur stehen.

### **Freiwilliges Jahr Politik**

Die Landeszentrale für Politische Bildung SH und die [Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung S-H e.V.](#) bieten seit dem Jahrgang 2012/2013 in Kooperation das freiwillige Bildungsjahr (FBJ) Politik an. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus anderen Bundesländern wurde dieses Angebot auch in Schleswig-Holstein

eingrichtet. Im FBJ Politik erleben Jugendliche zwölf Monate Politik aus nächster Nähe mit und haben die Möglichkeit zum aktiven Mitgestalten. Dazu gehört es, den Arbeitsalltag einer Institution kennenzulernen und in ihr mitzuarbeiten. Jugendliche im FBJ Politik zeichnen sich durch ein hohes Maß an Interesse für politische Themen aus. So kann man motivierte, junge Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für ein Jahr gewinnen, das ihnen als Einsatzstelle vielleicht neue Ideen für die eigene Arbeit liefert, weil die Freiwilligen in der Regel einen guten Kontakt zur Zielgruppe ihrer Einrichtung haben und deren Sprache sprechen. Am 1. September 2012 begann Matthias Lauer als erster Freiwilliger sein Bildungsjahr Politik bei der Landeszentrale. Gemeinsam mit der [Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten](#) finanziert die Landeszentrale diese Stelle. Seinen Arbeitsplatz hatte er im Jüdischen Museum Rendsburg. Sein Vertrag endete am 31. August 2013. Ab dem 1. September 2013 hat Moritz Heinrich das Freiwillige Jahr Politik begonnen. Sein Hauptarbeitsplatz wird im Flandernbunker in Kiel sein.

### **Europa-Seminar**

In Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren Schleswig-Holstein und dem IQSH hat die Landeszentrale vom 16.-19. September 2013 eine Studienfahrt nach Brüssel und Mons angeboten, die sich speziell an Lehrkräfte und Multiplikatoren der politischen Bildung wendet. Bei dieser Studienfahrt wurden die wichtigsten europäischen Institutionen aufgesucht. Es fand ein Gespräch mit der Europaabgeordneten Ulrike Rodust ebenso statt wie ein Informationsbesuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, der Kommission, dem Ministerrat und bei SHAPE (Supreme Headquarter of the Allied Powers Europe). Die Internationale Schule bei SHAPE wurde ebenfalls besucht. Die hier gesammelten Informationen werden von den Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben.

### **„Was glaubst Du denn?! Muslime in Deutschland“ Eine Wanderausstellung für Schulen vom 21. Oktober bis 15. November 2013**

Der Alltag von Muslimen in Deutschland kann vielfältig sein. Muslime sind Lehrer, Wissenschaftler, Vereinsmitglieder, Nachbarn, Profifußballer und vieles mehr - eben alles, was Nicht-Muslime auch sind. Was bewegt muslimische Jugendliche? Wie denken sie über ihre Zukunft nach? Was bedeutet ihnen ihre Herkunft? Wie blicken

sie auf Deutschland? Wie gehen sie mit Zuschreibungen um, wie entsteht Heimat, was prägt Identitäten?

Die Landeszentrale für Politische Bildung und das Innenministerium des Landes laden zur Wanderausstellung „**Was glaubst du denn?! Muslime in Deutschland**“ Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II, aber auch alle anderen Interessierten ein, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen.

### **Studienfahrt nach Berlin**

In Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und den Jugendoffizieren Schleswig-Holsteins führt die Landeszentrale für Politische Bildung vom 16.-19. Dezember 2013 ein Seminar für Lehrkräfte und Multiplikatoren der politischen Bildung durch. Im Mittelpunkt dieses Seminars steht die Funktionsweise des föderativen Systems der Bundesrepublik. Die Seminarteilnehmer erhalten vor Ort Informationen über den Bundesrat, den Deutschen Bundestag und das Gesetzgebungsverfahren. Der Besuch von Plenarsitzungen beider Häuser und Informationsgespräche mit Bundestagsabgeordneten, Bundesratsmitgliedern gehören ebenso zum informativen Besuchsprogramm wie Diskussionen über sicherheitspolitische Themen. Informationsbesuche bei der Bundesregierung (z.B. Bundespresseamt, Bundesfinanzministerium und Bundeskanzleramt) sowie der schleswig-holsteinischen Landesvertretung sind ebenfalls Teil des Angebotes. Die hier gesammelten Informationen werden von den Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben.

### **Demokratische Landeskunde Schleswig-Holstein**

Im Frühjahr 2014 wird eine Landeskunde Schleswig-Holstein von 1800 bis heute unter dem Titel „Demokratische Landeskunde Schleswig-Holstein“ erscheinen. Jede Schule in Schleswig-Holstein erhält dann ein kostenloses Exemplar für die Schülerbibliothek.